

Unternehmen durchführen werde. Das malaysische Unternehmen ist bereits mit 38 Niederlassungen in 20 Städten Chinas und einem Gesamtengagement von 650 Mio. US\$ vertreten. (XNA, 15.2.96)

Größere Investitionspläne hat auch das malaysische Unternehmen Chocolate Products, das vier Joint Venture-Unternehmen zur Bierherstellung mit einem Investitionsvolumen von 64,09 Mio. US\$ in China gründen will. Als Investitionsstandorte sind die Städte Zhuzhou, Changcha, Jingsha und Jingmen vorgesehen. (SCMP, 9.2.96)

Von der Neueröffnung der Eisenbahnlinie Hanoi-Peking wird auch ein positiver Effekt auf die Ausweitung des Außenhandels zwischen Vietnam und China erwartet. Das bilaterale Außenhandelsvolumen stieg im letzten Jahre um 60% auf 900 Mio. US\$.

Der zweiwöchentlich zwischen Hanoi und Peking verkehrende Zug wird eine Fahrtzeit von 54 Stunden haben und in der ersten Klasse rd. 220 DM kosten. Mit der gleichfalls erfolgten Aufnahme des Eisenbahnverkehrs von Kunming (Provinz Yunan) nach Hanoi erhofft sich diese südwestchinesische Inlandsprovinz einen besseren Zugang zum Meer über den vietnamesischen Hafen Haiphong. (SZ, 15.2.96) Auch die von Vietnam geplante Sonderzone an der nordöstlichen Grenze zu China zielt auf die Intensivierung des bilateralen Außenhandels. (SCMP, 24.1.96) -schü-



(aus: SZ, 15.2.1996)

Binnenwirtschaft

*(23)

Einkommensentwicklung 1995

Das städtische Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich im letzten Jahr um nominal 21% und real um 3,9% auf 5.059 Yuan.

Einer Untersuchung der Einkommensentwicklung in 9.100 Haushalten der 35 großen Städte zufolge trugen die Löhne und Gehälter mit 69% zum Einkommen bei. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aus Löhnen und Gehältern in diesen Haushalten belief sich auf 3.482 Yuan, ein nominaler Anstieg um 22% gegenüber 1994. Die Pro-Kopf-Ausgaben bzw. die Lebenshaltungskosten in diesen Haushalten betragen 4.602 Yuan und erhöhten sich damit ebenfalls um 22%. Rund die Hälfte der Ausgaben, nämlich 2.319 Yuan (+23%), entfiel auf Nahrungsmittel. Die Zunahme der Pro-Kopf-Ausgaben für Bekleidung machte 16% (568 Yuan) aus, für Haushaltgeräte und Dienstleistungen 19% (414 Yuan), für Transport und Telekommunikation 30% (236 Yuan) und für die medizinische Versorgung 33% (130 Yuan).

Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in staatseigenen Unternehmen nahmen um 23% zu und die der Arbeitskräfte in kollektiveigenen Unternehmen um 13%. Die Einkommen der Selbständigen stiegen um 35%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 11.2.96, nach SWB, 21.2.96 sowie 26.2.96, nach SWB 27.2.96)

Die Angaben über die Einkommensentwicklung in den ländlichen Gebieten sind noch unvollständig, zeigen jedoch, daß die Einkommen der Bauern 1995 stärker zunahm als die der Städte. Für 1995 wird mit einem realen Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens von rd. 5% gerechnet.

Zwischen den ländlichen Regionen bestehen erhebliche Einkommensunterschiede. Der Abstand zwischen den Einkommen der Bauern in den ärmsten Regionen des Süd- und Nordwestens Chinas und den reichen Regionen im Perlfußgebiet beträgt rd. das 7fache. (Renmin Ribao, Beijing, in Chinese, 28.12.95, nach SWB, 20.2.96)

Die regionalen Einkommensdisparitäten zwischen den Küstenprovinzen und den Inlandsprovinzen haben sich auch 1995 verstärkt, obwohl das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr in den Inlandsprovinzen erheblich zugenommen hat. Nach ersten Statistiken erreichten die Provinzen in Zentral- und in Westchina im letzten Jahr Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 9,6% bzw. von rd. 8% im Vergleich zu 1994. Das Wirtschaftswachstum in Ostchina lag mit 11,6% weiterhin über dem der übrigen Regionen und dem durchschnittlichen BIP-Wachstum von landesweit 10,2%.

Nach Einschätzung von Liang Youcai, stellvertretender Direktor der Abteilung für Wirtschaftsprognosen des Staatlichen Informationszentrums, kann der relativ hohe Anstieg des Wirtschaftswachstums in der Zentralregion durch die Investitionsströme erklärt werden, die im letzten Jahr verstärkt aus der Ostregion nach Zentralchina geflossen sind.

Nach ersten Schätzungen belief sich 1995 der Beitrag der Zentralprovinzen zum Gesamt-BIP auf 27,12%, von Westchina auf 14,04% und von Ostchina auf 58,84%.

Das Wachstum der Industrieproduktion in der Zentralregion übertraf 1995 mit 17,3% zum ersten Mal dasjenige der Ostregion von 16,03%. In Zentralchina betrug die Zunahme der Anlageinvestitionen im letzten Jahr 20,33%, in Ostchina 19,25% und in Westchina 15,33%. (SCMP, 28.2.96) -schü-

*(24)

Inflationskontrolle soll auch 1996 Vorrang haben

In einer Ansprache während des World Economic Forum in Davos (Schweiz) kündigte der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission Chen Qingtai an, daß die Kontrolle der Inflation auch 1996 die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung dominieren wird. Ziel sei es, bei einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 8% die Inflationsrate unterhalb der 10-Prozent-Grenze zu halten. Um dies Ziel zu erreichen, werde Chen zufolge eine relativ strikte Fiskal- und Geldpolitik verfolgt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 3.2.96, nach SWB, 6.2.96)

Wie Bai Hejin, Sprecher der Staatlichen Planungskommission, Anfang Februar ausführte, soll im Rahmen der Inflationskontrolle auch 1996 das Wachstum der Investitionen in Anlagevermögen kontrolliert werden. Die Zunahme der Investitionen sei von 34% im Jahre 1995 auf 32% im laufenden Jahr zu reduzieren. Weiterhin sei eine stärkere Unterstützung der Landwirtschaft erforderlich, um die Versorgung mit Getreide und anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen zu garantieren. Ebenso werde die strengere Überwachung der Märkte notwendig, um die Teuerungsrate zu begrenzen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 8.2.96, nach SWB, 13.2.96)

In einer Mitteilung des Staatsrats über die Erfolge der Preiskontrolle im letzten Jahr wird gefordert, daß sich alle Lokalregierungen und Regierungsabteilungen an die Richtlinien halten, die auf der zentralen Arbeitskonferenz zur Wirtschaft im Dezember 1995 festgelegt wurden. Hierbei geht es um die Richtlinien zur Geldpolitik, zur Beschränkung neuer Investitionsprojekte und zu Preisfreigaben bzw. -erhöhungen (insbesondere bei öffentlichen Dienstleistungen), zur Überwachung von Preisen des täglichen Bedarfs, etc. Der Staatsrat betont in seiner Mitteilung nochmals, daß die persönliche Verantwortlichkeit der lokalen Regierungsvertreter für die Umsetzung der geldpolitischen Ziele und der Inflationsbekämpfung auch weiterhin bestehen bleibt. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 13.2.96, nach SWB, 23.2.96)

Daß die Maßnahmen zur Beschränkung der Inflation 1995 erfolgreich waren, läßt sich aus dem schrittweisen Rückgang der Einzelhandelspreise ablesen. Betrug die Preissteigerung im Dezember 1994 noch 23,2% so meldete die Statistik für Ende 1995 lediglich eine Zunahme der Einzelhandelspreise um 8,3% und im Jahresdurchschnitt eine Teuerungsrate von 14,8%. Regional fiel die Preissteigerung unterschiedlich aus mit Provinzen, deren Inflation im Rahmen des Landesdurchschnitts blieb (Hainan, Guangdong Anhui, Zhejiang, Shandong, Jilin, Jiangsu, Fujian, Liaoning, Heilongjiang und Henan sowie den regierungsunmittelbaren Städten Beijing, Shanghai und Tianjin) und anderen Regionen, die eine höhere Teuerungsrate aufwiesen (Yunnan, Guizhou, Sichuan und Shaanxi).

Ursächlich für die höhere Inflation in den o.g. Regionen waren ein Anstieg von Preisen als Folge von Naturkatastrophen, unzureichend wirksame Preiskontrollen und halbherzige Anstrengungen [der Lokalregierungen], die Gründe für die Inflation zu beseitigen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 17.2.96, nach SWB, 19.2.96)

Nach einer Prognose des Staatlichen Informationszentrums (institutionell verbunden mit der Staatlichen Planungskommission) wird für 1996 mit einer Inflationsrate von jahresdurchschnittlich 9,5% gerechnet. Das Zentrum sieht einen stärkeren Inflationsdruck in der zweiten Jahreshälfte mit einer Teuerungsrate von 11,3%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 12.2.96, nach SWB, 14.2.96)

Das Staatliche Statistikamt prognostiziert für 1996 ein Wirtschaftswachstum von 9,7%, das damit wiederum weitaus höher als das globale Wachstum von 4,1% und die Wachstumsrate in Asien von 7,9% liegen würde. Die Realisierung des hohen Wirtschaftswachstums in China setzt dem Statistikamt nach u.a. voraus, daß die Prognose für das weltwirtschaftliche Wachstum erfüllt wird und der internationale Handel weiter wächst. Die größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung stellten die Inflationsgefahr, die Schwäche der Landwirtschaft und die ineffizienten staatseigenen Unternehmen dar. (XNA, 1.3.96) -schü-

*(25)

Manager staatlicher Unternehmen fordern Beschleunigung der Reformen

In einer Untersuchung der Staatlichen Kommission für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems wurde die Performance von 1.100 staatseigenen Unternehmen untersucht und ihre Manager befragt. Der Untersuchung zufolge machten 1995 rd. ein Drittel dieser Unternehmen Verluste, die sich auf insgesamt 50 Mrd. Yuan beliefen. Der Verschuldungsgrad der Unternehmen (Relation von Schulden zu Anlagevermögen) belief sich auf durchschnittlich 80%. Die Unternehmen mußten zur Finanzierung des Umlaufkapitals zu 95% auf Bankkredite zurückgreifen.

Neben knappen Finanzmitteln nannten die Manager als größte Probleme die aufgeblähten Lohnkosten sowie die

starke Belastung mit Sozialleistungen in Form von Pensionszahlungen und Kosten für medizinische Versorgung.

In der Befragung votierten 31% der Manager dafür, daß die Verlustunternehmen Bankrott anmelden sollten, weitere 65% empfahlen die Zusammenlegung von Unternehmen, die Ausgliederung von Unternehmensteilen sowie die öffentliche Versteigerung von Unternehmen. Voraussetzung hierfür sei eine Klärung der Eigentumsrechte in den Unternehmen; rd. 36% der Manager bezeichneten unklare Eigentumsrechte als das größte Hindernis bei der Reform der Staatsunternehmen.

Die Manager beklagten sich in der Untersuchung über die weiterhin bestehenden administrativen Eingriffe in Routineentscheidungen der Unternehmen sowie über den fehlenden Aufbau eines sozialen Sicherungssystems zur sozialen Abfederung von Entlassungen. (XNA, 28.1.96; SCMP, 28.1.96)

Erwartungen hinsichtlich der schnellen Umstrukturierung der 100 Staatsunternehmen, die 1995 als landesweite Modelle ausgewählt wurden, haben inzwischen einen Dämpfer erhalten. So wies der stellvertretende Minister der Staatlichen Kommission für die Umgestaltung des Wirtschaftssystems Zhang Haorao darauf hin, daß sich die Unternehmensreform langsamer als angenommen entwickle und starke Unterschiede im Tempo der Umwandlung zwischen den Unternehmen bestünden. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 1.2.96, nach SWB, 3.2.96)

Auch Zhang Chengyao vom Institute of Industrial Economics bei der Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing bezweifelt, daß diese ausgewählten Unternehmen bis zum geplanten Zeitpunkt im nächsten Jahr umgestaltet werden können. Als wesentliche Probleme nennt Zhang Differenzen über Fragen der Bewertung des Anlagevermögens und der Behandlung der Schulden der Unternehmen sowie die Defizite im sozialen Sicherungssystem. (AWSJ, 31.1.96) -schü-

*(26)

"Wichtiges Stadium für Wirtschafts-gesetzgebung"

Nach Einschätzung von Fang Weilian befindet sich die Wirtschafts-gesetzgebung in China in einer wichtigen Phase, da der 8. Nationale Volkskongreß

(NVK) in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit noch mehr als 30 Wirtschaftsgesetze beraten und verabschieden muß. Die noch ausstehenden Gesetze seien von großer Bedeutung, da sie die rechtliche Grundlage für die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen bildeten. Fang Weilian, Rechtsexperte für Wirtschaftsgesetze beim 8. Nationalen Volkskongreß, rechnet allerdings damit, daß innerhalb des verbleibenden Zeitraums diese Gesetze auch auf den Weg gebracht werden können.

In den vorangegangenen Jahren habe der NVK 82 Gesetzesentwürfe und Bestimmungen überarbeitet und 72 Gesetze verabschiedet; hiervon seien 24 Wirtschaftsgesetze gewesen. Zu den bekanntesten zählten das Unternehmensgesetz, das Zentralbankgesetz, das Geschäftsbankengesetz sowie das Arbeitsgesetz. Diese Gesetze lieferten den gesetzlichen Rahmen für den Aufbau eines einheitlichen Marktes, für fairen Wettbewerb und Veränderung der Wirtschaftsstrukturen.

Eine Reihe von Problemen, die im Verlauf der Wirtschaftsreform aufgetreten seien, bedürften Fang Weilian zufolge noch rechtlicher Regelwerke; Mangel an Erfahrung habe die Erarbeitung solcher Gesetze allerdings erschwert. Zu den regelbedürftigen Problemen zählt Fang z.B. die Frage der Allokation von Projekten mit nationaler Bedeutung, die Verwaltung des staatlichen Eigentums und der Anlageinvestitionen sowie die Preisüberwachung. Weiterhin erforderten neu entstandene Wirtschaftsaktivitäten wie Wertpapier- und Terminmarktgeschäfte sowie neu entstandene Organisationsformen wie Kapitalgesellschaften und Privatunternehmen einen entsprechenden rechtlichen Rahmen. Außerdem seien eine Reihe von Wirtschaftsgesetzen mit weiteren Reformen nicht mehr kompatibel, wie z.B. das Konkurs- und Vertragsrecht, und müßten überarbeitet werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 29.2.96, nach SWB, 1.3.96)

Wie stark umstritten die Verabschiedung bestimmter Wirtschaftsgesetze ist, zeigt das Beispiel des Konkursgesetzes. Dieses Gesetz sollte ursprünglich bereits im Januar d.J. verabschiedet werden, doch ist mit seiner Veröffentlichung wohl erst im April zu rechnen. Obwohl der Gesetzesentwurf bereits seit Monaten vorliegt, sei der Entwurf noch nicht dem Ständigen Ausschuß des

NVK vorgelegt worden, da verschiedene Regierungsabteilungen noch unterschiedliche Positionen vertreten würden. So sollen manche Regierungsvertreter gefordert haben, das Gesetz bis zur Verabschiedung der Sozialversicherungsgesetze zurückzuhalten. Gefürchtet wird offensichtlich ein rasanter Anstieg der Konkurse als Folge des neuen gesetzlichen Rahmens für den Bankrott von Unternehmen. (SCMP, 12.2.96) -schü-

*(27)

Arbeitsmarkt Guangdong

Von der Knappheit an wissenschaftlich-technischem Forschungspersonal und Ingenieuren ist die Provinz Guangdong noch weitaus stärker betroffen als andere Regionen Chinas. Nach Angaben von Zhong Gengrui, stellvertretender Direktor des Guangdonger Arbeitsamtes, ist die Zahl der Fachkräfte sogar niedriger als im Landesdurchschnitt. Der Mangel an Fachpersonal ist Zhong zufolge ein Engpaßfaktor in der Wirtschaftsentwicklung der Provinz.

Statistiken weisen aus, daß Guangdong über weniger Fachkräfte als im Landesdurchschnitt verfügt (die Statistiken der Xinhua Nachrichtenagentur werden hier nicht genannt, da sie nicht eindeutig sind). Im Gegensatz dazu soll Beijing beispielsweise sechsmal so viele Fachkräfte haben.

Ein zweites Problem ist die Überalterung des technischen Personals. Im Durchschnitt beträgt das Alter dieser Gruppe 53 Jahre; 90% dieser Fachkräfte werden bis zum Jahre 2000 pensioniert werden. Die Provinz steht deshalb unter einem starken Druck, Nachwuchs auszubilden und Fachkräfte von außerhalb anzuwerben und hierfür auch die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen.

Seit 1979 hat Guangdong bereits aus anderen Landesteilen Fachkräfte absorbieren können, deren Gesamtzahl mit rd. 330.000 angegeben wird. Allerdings besteht die Einschätzung, daß die Anziehungskraft Guangdong's eher im Abnehmen begriffen ist und viele Fachkräfte an ihre Heimatorte zurückgehen oder in neue Entwicklungszonen wie Pudong bei Shanghai abwandern.

Prognosen zufolge wird Guangdong bei einer Fortsetzung des rasanten Wirtschaftswachstums bis zum Jahre 2000

zusätzlich 900.000 spezialisierte technische Fachkräfte benötigen. (XNA, 20.1.96)

Der Guangdonger Arbeitsmarkt veränderte sich seit Mitte der 80er Jahre durch den Zustrom ländlicher Arbeitskräfte aus ärmeren Regionen Guangdong's und anderen Provinzen Chinas. Insgesamt wurden rd. 11 Mio. ländliche Arbeitskräfte in Sektoren außerhalb der Landwirtschaft überführt. Weiterhin absorbierte der Arbeitsmarkt der Provinz rd. 6,5 Mio. Wanderarbeitskräfte von außerhalb Guangdong's und bot rd. 2 Mio. Arbeitskräften, die entweder arbeitslos oder mit ihrer Beschäftigung unzufrieden waren, eine neue Position.

Die Aufteilung der Arbeitskräfte nach Sektoren veränderte sich seit Mitte der 80er Jahre deutlich. So entfielen in der Periode des 7. Fünfjahresplanes (1986-90) auf den Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor Anteile von 53%, 25% und 22%. Die aktuelle Aufteilung sieht dagegen einen deutlich geringeren Anteil des Primärsektors (43%) sowie höhere Anteile des Sekundär- (32%) und des Tertiärsektors (25%) vor. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.2.96, nach SWB, 5.2.95) -schü-

Taiwan

*(28)

Kraftprobe zwischen Opposition und Regierungspartei im Parlament

Zur Zeit befindet sich Taiwan wieder in einer politisch heißen Phase. Kurz nach den Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan (Staatsparlament) im letzten Dezember sind für den 23. März d.J. die ersten direkten Präsidentschaftswahlen angesetzt.

Wie berichtet (C.a. 1995/11, Ü 29 und 1995/12, Ü 26), hatte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) bei den Wahlen im Dezember 85 der insgesamt 164 Mandate gewonnen, also nur eine sehr knappe Mehrheit. Die beiden Oppositionsparteien DPP (Democratic Progressive Party) und NP (New Party), die jeweils 54 bzw. 21 Sitze errungen hatten, wollen gemeinsam die KMT-Regierung stürzen. Am 1. Februar kam es zur ersten Kraftprobe zwischen beiden Lagern. Bei der Wahl des